

Während die USA die OAS zu einem Instrument des kalten Krieges machten und sie für ihre aggressive Politik in Lateinamerika nutzten (1954 Guatemala, 1962 Kuba, 1965 Dominikanische Republik), fanden die Interessen der Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten keine Berücksichtigung. Dies führte zu einer sich ständig vertiefenden Krise in der OAS. Der Aufschwung der antiimperialistischen Bewegung Ende der 60er Jahre sowie die Auswirkungen des sich verändernden Kräfteverhältnisses führten zu verstärkten Forderungen zur Neugestaltung des interamerikanischen Systems, speziell der OAS. Im Ergebnis der Arbeit des Umstrukturierungsausschusses der OAS (CEESI), der wesentlich von bürgerlich-reformistischen Regimes bestimmt wurde, erfolgte auf der Sondertagung in San José (Kostarika) 1975 die Annahme von einigen Änderungen in der Charta der OAS (Recht auf Mitgliedschaft von Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme) und im Abstimmungsmodus. Auf der 16. Konsultativtagung 1975 wurden die Boykott-Maßnahmen gegen Kuba aufgehoben. Die USA stimmten angesichts des massiven Drucks zu, ohne selbst die Blockade gegenüber Kuba aufzuheben. Auf der 17. Konsultativtagung 1979 wurde von der Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten der Versuch der USA vereitelt, unter der Flagge der OAS in Nicaragua zu intervenieren, um den Sieg der FSLN zu verhindern. Die lateinamerikanischen Staaten bemühen sich um eine weitere Reformierung der OAS, um die Vorherrschaft der USA weiter abzubauen. Ihre Forderungen richten sich auf die Anerkennung des Rechts eines jeden Staates, frei von äußerer Einmischung sein politisches und soziales System zu wählen, die Verpflichtung zur ökonomischen Zusammenarbeit im Interesse der lateinamerikanischen Staaten, die Durchsetzung des

Rechtes der Staaten auf Souveränität über ihre Naturreichtümer sowie auf die Herstellung von Garantien für die kollektive ökonomische Sicherheit. Die grundlegenden Interessengegensätze zwischen den lateinamerikanischen Staaten und den USA konnten bisher nicht überwunden werden. In zunehmendem Maße sind deshalb die lateinamerikanischen Länder dazu übergegangen, ihre politischen und ökonomischen Forderungen gegenüber den USA auch außerhalb der OAS zu stellen, so z. B. in der —\*■ *Organisation der Vereinten Nationen* und im Rahmen der Politik der —► *Nichtpaktgebundenheit*. Mit dem Lateinamerikanischen Ökonomischen System (SELA), das 1975 ohne die USA gegründet wurde und dem Kuba angehört, schufen sich die Staaten der Region ein wichtiges Instrument ihrer Politik der Durchsetzung eigener nationaler Interessen. In welchem Maße es ihnen gelingt, ihre Forderungen innerhalb der OAS durchzusetzen, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sich das regionale Kräfteverhältnis entwickelt und ob es den Staaten Lateinamerikas gelingt, ihre gemeinsame Position gegenüber den Bestrebungen der USA weiter zu festigen.

Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU): regionale zwischenstaatliche Organisation unabhängiger Staaten Afrikas (einschließlich vorgelagerter Inseln). Sie ist die erste Kontinentalorganisation in der Geschichte, die —► *Kolonialismus*, —<■ *Rassismus* und —\*• *Neokolonialismus* den Kampf angesagt hat. Die im Mai 1963 in Addis Abeba gegründete OAU ist aus der Vereinigung von ursprünglich drei Organisationen — den Gruppierungen von Casablanca, Monrovia und Brazzaville — hervorgegangen. Ihr gehören alle unabhängigen afrikanischen Staaten mit Ausnahme der Republik Südafrika an. Darüber hinaus neh-